Die unerträglichen Lasten der Rheinlandbesatzung

Die Rheinlandbesatzung beträgt zur Zeit 140 000 Köpfe, ist also rund doppelt so groß, wie die Gesamtstärke der vor dem Kriege im Rheinland befindlichen deutschen Garnisonen (70 000 Köpfe).

Die „Rheinlandkommission" soll vertragsgemäß aus 4 Mitgliedern bestehen, umfaßt aber tatsächlich rund 130 Köpfe.

Die Gesamtausgaben für die Rheinlandbesatzung und die Rheinlandkommission können bis Ende 1922 auf 4½ Milliarden Goldmark beziffert werden. Deutschland muß also allein an Besatzungskosten für die ersten 4 Jahre der Rheinlandbesetzung eine Summe aufbringen, welche die ganze Kriegsentschädigung, die Frankreich nach 1870/71 an Deutschland zu zahlen hatte, schon jetzt weit übertrifft.

Die Reparationskommission allein erfordert im Jahre einen Aufwand von 36 Milliarden Papiermark, d. h. genau die Hälfte desjenigen Betrages, den Deutschland für die Besoldung sämtlicher Reichsbeamten, mit Ausnahme der Eisenbahn- und Postbeamten, nach dem Stande von Ende November 1922 jährlich aufwendet.

Die Kontrollkommissionen verursachten im Oktober 1922, ohne die Heimatgehälter, einen Betrag von 300 Millionen Mark monatlich oder, auf das Jahr umgerechnet, 3,6 Milliarden Mark. Eine Summe also, die etwa gleich groß ist wie der Gesamtbetrag, der im Reichshaushalt für die Gewährung von Kriegsbeschädigtenrenten an rund 1,6 Millionen erwerbsbeschränkte deutsche Kriegsbeschädigte im Rechnungsjahr 1922 vorgesehen ist.

Ein einfacher Soldat der Rheinlandbesatzung erhielt nach dem Stande vom Oktober 1922 allein an „Deutschlandzulagen" neben seiner Heimatlöhnung und neben freier Unterkunft monatlich einen Betrag von rund 140 000 M., das ist mehr als das damalige gesamte Monatsgehalt eines deutschen Generals oder Staatssekretärs und annähernd ebensoviel wie das Oktobergehalt eines deutschen Reichsministers.

Ein englischer Generalpräsident einer der interalliierten Kommissionen bezieht einschließlich seines Heimatgehalts den Betrag von 78 607 000 M., wozu noch die sehr erheblichen Kosten für die Unterkunft kommen. Ein einfacher englischer Soldat erhält, ohne die Unterkunftskosten, jährlich 5 022 000 M.

Der deutsche Reichskanzler bezieht nach dem Stande vom Dezember 1922, ohne die Aufwandsentschädigung, ein Diensteinkommen von 2 230 000 M., also noch nicht 5 v. H. des gesamten Diensteinkommens, das ein englischer Generalpräsident in Deutschland bezieht.

Ein deutscher Reichsminister bezieht alles in allem einschließlich seiner Aufwandsentschädigung ein Netto-Diensteinkommen, das noch nicht drei Fünftel des Diensteinkommens eines einfachen englischen Soldaten oder Schreibers der Kontrollkommissionen erreicht.

Aufruf der Arbeiter Essens

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Essen, 10. Januar.

Der Bezirksverband Essen des Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht einen Protestaufruf gegen den französischen Vormarsch, in dem es heißt:

„Im Namen des Rechts und der Freiheit erheben wir feierlich schärfsten Protest gegen diesen neuen Ausbruch großer Gewalt und erklären: mag auch vorübergehend die Gewalt das Recht beugen, fest und unerschütterlich steht unsere Treue zu Volk und Vaterland. Die kommende Notzeit mit ihren Opfern nehmen wir auf uns in der Ueberzeugung, daß die brutale Gewalt vor der Kraft des sittlichen Rechtes und vor dem Gewissen der Welt zuschanden werden muß. In den kommenden Tagen der Nöte und Sorgen treten neue Aufgaben an uns heran. Freunde und Kollegen! Vertraut, daß unsere Bewegung alles tun wird, um eure Interessen sowie die Interessen unseres ganzen Volkes zu wahren."

Die Ortsgruppe Essen der Demokratischen Partei richtet gleichfalls einen Aufruf an die Bevölkerung, die drohenden Leiden mit stolzer Würde auf sich zu nehmen, wie sie dem deutschen Volke geziemt.

Bergarbeiterkonferenz über Arbeitszeit und Ruhrbesetzung

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Bochum, 10. Januar.

Die Reichskonferenz des Allgemeinen Bergarbeiterverbandes nahm nach einem Referat des Bezirksleiters Gärtner folgende Entschließung an:

„Die Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands kommt nach Prüfung der Beschlüsse des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu dem Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter zu dem Ergebnis, daß die Vorschläge des Reichswirtschaftsrates für die Bergarbeiter unannehmbar sind. Die Konferenz erwartet namens der Bergarbeiterschaft nunmehr vom Reichstag eine Regelung, die den Wünschen der Bergarbeiter Rechnung trägt."

Die Konferenz befaßte sich auch mit den möglichen Folgen einer bevorstehenden Besetzung des Industriegebietes durch die Franzosen. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund ausgegebene Parole „Nie wieder Krieg!" erstrecke sich auch auf solche kriegerische Handlungen, die gegen ein wehrloses Volk begangen werden. Alle Redner zu diesem Thema waren sich des furchtbaren Ernstes dieser Stunde bewußt. Die demnächst in Amsterdam zusammentretende Internationale wird sich mit dieser Frage eingehender beschäftigen. Die Franzosen dürften nicht mehr im Zweifel sein, mit welchen Gefühlen die Bergarbeiter der geplanten Anwendung einer solchen Gewaltpolitik gegenüberstehen würden.

Das Achtstundentaggesetz teilweise ungültig

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Berlin, 10. Januar.

Das Kammergericht hat eine für Gewerbe und Handel außerordentlich wichtige Entscheidung gefällt: Die Ueberschreitung des Achtstundentages ist nicht strafbar. Der Direktor einer Filmgesellschaft war von einem Gewerkschaftsbeamten wegen Ueberschreitung des Achtstundentages angezeigt worden. Schöffengericht und Landgericht hatten ihn zu Geldstrafen verurteilt, das Kammergericht hat jedoch jetzt das Urteil der Strafkammern aufgehoben und das Verfahren eingestellt, weil die Strafbestimmungen der Verordnung über den Achtstundentag vom 23. November 1918 rechtsungültig und darum rechtsunwirksam seien. Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung, das jene Verordnung erlassen habe, sei zur Strafandrohung nicht berechtigt gewesen. Das Gesetz entbehre also insoweit der Rechtsgültigkeit.

Vom Völkerbund berufen

Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung

Dresden, 10. Januar.

Der Präsident des sächsischen statistischen Landesamtes, Geheimrat Professor Dr. Würzburger, ist vom Völkerbund zum Mitglied des statistischen Sachverständigenausschusses gewählt worden und zu den Beratungen des Ausschusses nach dem Haag abgereist.

Zum Fluchtversuch Techows

Leipzig, 10. Januar.

Durch Verrat Gefangener der Strafanstalt Sonnenburg wurde bekanntlich ein Fluchtplan des Mitwissers am Rathenau-Mord, Ernst Werner Techow, aus dem Gefängnis entdeckt und vereitelt. Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer hat die Untersuchung an Ort und Stelle geleitet und teilt einem Mitgliede unserer Redaktion folgendes mit:

Der Fluchtplan ist nicht, wie zuerst angenommen wurde, von Techow ausgegangen. Ein wegen Landesverrates im Kriege ebenfalls in Sonnenburg untergebrachter früherer Fliegeroffizier Schauer hatte sich an Techow heranzumachen gewußt und versucht, ihn zur Flucht zu überreden. Einen Werkmeister, der die Sträflingsarbeiten einer Fabrik leitete, hatte Schauer zu bestimmen vermocht, für ihn ihn und Werner Techow die zur Flucht notwendigen Kleidungsstücke und Geldmittel zu beschaffen. Auch ein Hilfsgefangenenaufseher hatte sich bereit erklärt, bei der Flucht hilfreiche Hand zu leisten. Er ist aber gar nicht erst in Tätigkeit getreten, da Gefangene, die durch eine unvorsichtige Aeußerung aufmerksam gemacht worden waren, der Anstaltsdirektion von dem Vorhaben Mitteilung machten.

Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer erklärte, daß Techow bei der ganzen Angelegenheit mehr der Geführte, als der Führende gewesen sei. Dafür, daß dem Fluchtplan Techows und Schauers von außen her, etwa von einer Organisation, irgendwie Vorschub geleistet worden ist, bestehen keinerlei Anhaltspunkte. Doch werden die Untersuchungen in dieser Richtung fortgesetzt. Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer hat den Reichsanwalt Niethammer mit den weiteren Ermittelungen beauftragt. Der pflichtvergessene Hilfs-Gefangenen-Aufseher wurde sofort aus dem Dienst entlassen. Auch der gefällige Werkmeister wurde von seinem Posten zurückgezogen. Gegen beide hat der Generalstaatsanwalt, in dessen Händen die weitere Verfolgung der Angelegenheit liegt, das Verfahren wegen versuchter Gefangenenbefreiung eingeleitet.

Auf der Spur der Hamborner Mörder

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Essen, 10. Januar.

Unter dem Verdacht der Ermordung des belgischen Oberleutnants Graff in Hamborn sind vor einigen Monaten von den belgischen Militärbehörden mehrere Hamborner Schutzpolizeibeamte verhaftet und nach Aachen in Untersuchungshaft abgeführt worden. Nach Mitteilungen aus belgischer Quelle sollen die Verhafteten eingestanden haben, die Mörder des Oberleutnants Graff zu sein. Die deutschen Behörden, die von der Unschuld der verhafteten Polizeibeamten überzeugt sind, haben inzwischen ihre Ermittelungen fortgesetzt. Dabei stieß man auf eine Spur, die nach Pommern führte. Nach einem von dort jetzt eingegangenen Telegramm sind dort ebenfalls Personen verhaftet worden, die auch bereits eingestanden haben, den Oberleutnant Graff ermordet zu haben.

Kleine politische Nachrichten

Der Steuerausschuß des Reichstages setzte am 9. Januar die Beratung des Landessteuergesetzes fort. Behandelt wurde insbesondere das Einspruchsrecht des Reiches gegen die Steuerordnungen der Länder und Gemeinden. Die Regierungsvorlage des Reichsrats wurde im wesentlichen angenommen. Die Demokraten stellten den Antrag, daß den Ländern zur Pflicht gemacht werde, Höchstsätze für die Festsetzung der Gewerbesteuer einzuführen. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde ausgesetzt.

*

Der vom Arbeitsministerium gefällte Schiedsspruch über die Metallarbeiterlöhne ist von einer Funktionärversammlung der Berliner Metallarbeiter mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Es muß nunmehr die Urabstimmung in den Betrieben erfolgen, deren Ergebnis jedoch nach der Stellungnahme der Funktionäre nicht zweifelhaft sein kann, zumal, da die weitere Entwertung der Mark die Arbeiter nicht nachgiebiger stimmen kann. Es wäre bedauerlich, wenn die jetzige kritische Lage noch durch Lohnkämpfe verschärft würde.

*

Die Verhandlungen der Gewerkschaften über die neue Gehaltsregelung für die Staatsarbeiter und Beamten haben im Reichsfinanzministerium begonnen. Bisher war es nicht möglich, eine Einigung zu erzielen. Zwischen dem, was die Gewerkschaften verlangen und dem, was das Reichsfinanzministerium bewilligen will, klafft ein so großer Unterschied, daß bisher noch nicht abzusehen ist, auf welcher Basis die Lohn- und Gehaltserhöhungen erfolgen werden. Der Beamtenausschuß des Reichstages ist gleichfalls zu einer Sitzung im Reichsfinanzministerium einberufen worden.

Eine Kohlenanleihe des Freistaates Sachsen

Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung

Dresden, 10. Januar.

Die sächsische Regierung hat dem Landtage ein Gesetz vorgelegt, in dem sie um Ermächtigung ersucht, eine Anleihe von drei Milliarden zum Ausbau der staatlichen Kohlen- und Elektrizitätsunternehmungen aufzulegen. Die Anleihe ist spätestens vom Jahre 1927 ab jährlich zu einem vom Finanzministerium festzusetzenden Mindestsatze zu tilgen. Die Art der Tilgung bestimmt das Finanzministerium.

In der Begründung der Vorlage heißt es u. a.: Der Zinsfuß der Anleihe sowie die näheren Bedingungen werden dem Finanzministerium zu überlassen sein, da sie sich nach den jeweiligen Geldverhältnissen richten müssen. Das Finanzministerium, das in dieser Beziehung freie Hand haben möchte, um alle sich bietenden Vorteile ausnutzen zu können, wird insbesondere auch Vorkehrungen dafür zu treffen haben, daß die Anleihe erforderlichenfalls zurückgezahlt werden kann, wenn der Wert der Papiermark steigen, der Zinsfuß sinken und eine Durchberatung etwa zum Nachteil des Staates ausschlagen sollte. Aus diesen Darlegungen heraus muß es dem Finanzministerium auch anheimgestellt werden, die in den Schuldverschreibungen zu verbriefenden Verpflichtungen des Staates unter Umständen nicht auf Mark-, sondern auf ausländische Währung oder auf Sachwerte zu stellen, wie letzthin es die oldenburgische staatliche Kreditanstalt in ihren Roggenanweisungen und Mecklenburg-Schwerin in seiner Roggenwertanleihe getan hat.

Sachsen hat die Absicht, Kohlenanweisungen herauszugeben.

*

Seit 1920 sind bereits 2,4 Milliarden Mark in die staatlichen Werke hineingesteckt worden, ein Betrag, der in der Hauptsache durch die Ausgabe kurzfristiger Schatzanweisungen aufgebracht wurde. Es war ursprünglich geplant, den weiteren Ausbau der Werke auch in Zukunft mit Mitteln durchzuführen, die durch die weitere Begebung von Schatzanweisungen und aus den Erträgen der Werke selbst dem Staate zufließen. Die rasche Entwertung des Geldes machte die Durchführung dieser Pläne unmöglich.

*

Der Hauptteil des Geldbedarfes fällt auf die Braunkohlenwerke und das Elektrizitäts-Unternehmen. In den bereits im Betrieb befindlichen Braunkohlenwerken in Hirschfelde soll die Kohlenförderung, die sich 1922 auf rund 1 Million Tonnen stellte, 1923 auf 2 Millionen Tonnen gesteigert werden, während in Böhlen bei Leipzig, wo die Abraumarbeiten so weit vorgeschritten sind, daß im Jahre 1923 mit der Förderung begonnen werden kann, mit der Zeit eine Jahresförderung von 5 Millionen Tonnen zu erwarten ist. In Böhlen ist der Bau einer Brikettfabrik mit zunächst 30 Pressen geplant. Das bereits in Betrieb befindliche Kraftwerk Hirschfelde soll nach und nach zu einer Leistung von 85 500 Kilowatt ausgebaut werden. Zur Befriedigung des ständig wachsenden Strombedarfes ist die Errichtung eines zweiten Großkraftwerkes in Böhlen in Aussicht genommen, das zusammen mit Hirschfelde und dem Reichskraftwerk Lauta eine Leistung von 160 000 Kilowatt hervorbringen wird.

Aus diesen Gründen verlangt die Regierung die Ermächtigung zur Aufnahme einer festen Anleihe im Betrage von 3 Milliarden Mark. Die Anleihe wird garantiert durch Sachwerte, und zwar durch die Kohlenvorkommen. Nachdem Oldenburg und Mecklenburg mit einer Roggenanleihe vorangegangen sind und gute Erfolge gehabt haben, folgt jetzt Sachsen mit einer Kohlenanleihe. Sachsen ist der erste Staat im Reiche, der diesen Weg beschreitet.

Der Regierungspräsident Dr. Momm ist von der interalliierten Kommission ganz grundlos ausgewiesen worden. Der Provinzialausschuß der Provinz Hessen-Nassau hat gegen diesen Gewaltakt der Interalliierten Rheinlandkommission, der als glatter Rechtsbruch anzusehen sei, Protest eingelegt.

Die sieben Kugeln

Von Nek

Clemens besitzt eine tadellose Figur, die überdies von erstklassigen Schneidern auf Taille gearbeitet ist. Wenn er durch die Türen der literarischen Salons schreitet, bückt er sich leicht, als ob er fürchte, mit dem Kopf an den Türpfosten zu stoßen. Wiewohl Clemens in der Tat außerordentlich groß ist, würde er mit nichten seinen diskret ondulierten Kopf verletzen. Es ist nur eine seiner kleinen Posen, dieses Sich-Neigen unter den Türen; es sieht außerordentlich hingebend, sanft und lyrisch aus, dieses Neigen, und die Frauen loben es sehr, weil ihnen Körpergröße und -kraft, gepaart mit zarter Demut, ein süßes Vertrauen einflößt. Dank seinem Gardemaß, das jedoch durch eine kränkliche und preziöse Zerbrechlichkeit vortrefflich gemildert ist, wozu noch andere literarische Vorzüge kommen, spielt Clemens in den ästhetischen Salons der Stadt mit Recht eine bevorzugte Rolle.

Clemens hat soeben in einer Ecke des Salons der Frau Geheimrat von M. einen Kreis um sich gebildet, meist junge Mädchen und einige ältere Damen, darunter auch Professor R., die, mit der Teetasse in der Hand, voll Hingabe seinen Worten lauschen. Clemens liebt es sehr, in kleinen Privatzirkeln zu dozieren. Meistens spricht er über französische Literatur des 17. Jahrhunderts; diesmal allerdings setzt er sich gerade mit einem sanft abgetönten Enthusiasmus für Kasimir Edschmid ein. Eben als er dessen bedeutende Hauptwerke „Die achatene Kugel" und „Die sieben Mündungen" (oder waren es „Die achatenen Mündungen" und „Die sieben Kugeln"?) mit Wärme pries, als den Ausdruck einer blut- und nervenerfüllten Kultur, die alle Extravagenzen, sei es im Boudoir, sei es im Getümmel des Lebens, spielerisch meisterte ... eben da, als die Periode glänzend auf ihrer Höhe funkelte, geschah etwas unbegreiflich Peinliches, ganz Unerwartetes und Ernüchterndes. Clemens hatte nämlich in der Wärme des Vortrags sein Taschentuch gezogen, ein wenig heftig und mit Schwung, und da —

Doch nein, das Unbegreifliche sei (schon der Spannung wegen) in einem neuen Absatz gefaßt. Mit Clemens' Taschentuch flogen sieben kleine Kugeln im Bogen aus seiner Tasche, rollten über Teppich und Parkett, kullerten vernehmbar durch die atemlose Stille, sieben kleine Kugeln, die eine dorthin, die andere dahin, und es dauerte mindestens fünf oder sechs Sekunden, bis die letzte dieser tückischen Kugeln, die nicht einmal aus Achat waren, ihre Mündung erreicht hatten und zur Ruhe gekommen waren.

Clemens war erbleicht. Einige der jungen Damen konnten nicht umhin, zu kichern, um so mehr, als das Mädchen Inez, in guter Absicht, aber herzlich dumm, die Kugeln aufhob und sie Clemens zurückreichte.

In der Tat, es waren ganz gewöhnliche Steinkugeln, auch Murmeln genannt, mit denen die Kinder auf der Straße spielen. Wie, fragt die Welt, wie kommen diese Kugeln in Clemens' Smokingbeinkleid? Sollte etwa — oh, nicht auszudenken — Clemens mit kleinen Steinkugeln spielen? —

Clemens, wort- und fassungslos, wies die ihm dargereichten Kugeln mit einer schmerzvollen Gebärde zurück. Er fand den Faden seines Themas nicht wieder. Die Gesellschaft war betreten und rührte stumm im kaltgewordenen Tee.

Kasimir Edschmid war mit sieben gewöhnlichen Kugeln, die durch einen Salon gekullert waren, schachmatt gesetzt. Sein Jünger, in allen Sätteln der Boudoirs und des Lebens gerecht, war nicht stark, nicht unbefangen genug, um die Komik dieser sieben Kugeln zu bannen, indem er frei und offen ihre Herkunft erklärte.

Und doch waren sie auf die natürlichste Weise in seine Tasche geraten. Als er aus dem Hause seiner Schwester in Eile zum Tee der Frau Geheimrat aufbrach, sah er seinen kleinen Neffen unbeaufsichtigt mit Steinkugeln spielen, deren eine in den kleinen Mund zu stopfen das Bürschlein sich eben anschickte. Da Clemens diese gefährliche Neigung seines Neffen kannte, raffte er schnell, ungeachtet des kindlichen Protests, die Kugeln zusammen und steckte sie in die Tasche.

Das ist alles. Und zu dieser wahrlich wackeren und nützlichen Tat sich zu bekennen, war Clemens, der vielerprobte Weltmann, nicht Manns genug! So sind sie, die Aesthetes.

Französische Annexionen der deutschen Sprache

Wir lesen in der Frankfurter Zeitung:

Man sollte meinen, daß heute in Frankreich bei der politischen Hochspannung gegen Deutschland auch eine peinliche Sorge herrschen müsse, die französische Sprache vor jeder Verunreinigung mit deutschen Lehnworten zu bewahren. Das gerade Gegenteil ist aber der Fall. Nichts kann die französische Sprache, die sich ja notgedrungen tagtäglich mit deutschen Angelegenheiten zu befassen hat, so schwer verdauen wie deutsche Worte und infolgedessen schluckt sie diese deutschen Brocken unzerkleinert hinunter. Das deutsche Lehnwort „le Kaiser" ist ja aus der Vorkriegszeit bekannt; es hat seither einen seltsamen Kameraden in dem Président du Reich" erhalten, womit der Reichspräsident bezeichnet wird. Eine französische Fachzeitschrift spricht von den deutschen Ministern als den „dirigeants du Reich" und ebenso werden die 100 000 Mann Soldaten, die man uns gelassen, als „la Reichswehr" apostrophiert. Das Fachorgan der französischen Schwerindustrie „l'Outillage" erklärt, Deutschland müsse zahlen „j'usqu'au dernier pfennig" und ein anderes Fachorgan berichtet über „une visite aux Stands" (einen Besuch der Meßstände). Für folgenden Satz, der einem Aufsatz des Pariser „Figaro" vom 22. Oktober 1922 über die deutsche Armee entnommen ist, gibt es aber kaum ein Gegenstück aus der schlimmsten Zeit der Franzosentümelei in Deutschland. Ueber die angeblichen stillen Reserven der deutschen Armee heißt es nämlich:

„Certes, nous ne devons pas oublier qu'il lui reste toujours la ressource de la levée en masse, L'organisation de la police, Schutzpolizei, Landjägerei, Reichswasserschutz; celle des gardes civiques, Einwohnerwehren et multiples corps francs; les Pflicht- ou Freiwillige-Feuerwehren; les innombrables Vereins, universitaires ou sportifs, qui englobent une frémissante jeunesse."

Mechanischer kann man kaum fremdes Sprachgut übernehmen. Und es ist hier eine auffallende französische Schwerfälligkeit festzustellen, die nicht einmal die deutsche „Landjägerei" und die deutschen Feuerwehren sprachlich zu bemeistern versteht, wohingegen die Engländer meist sehr schlank auch mit mangelhaften deutschen Ausdrücken fertig werden, wenn sie z. B. die Technische Nothilfe als „Civic Aid Union" übersetzen.

Neue deutsche Briefmarkenentwürfe. Entwürfe, die den Weg zeigen können, auf dem man zu einer guten deutschen Briefmarke kommt, werden zum ersten Male auf der Ausstellung des Bundes Deutscher Gebrauchsgraphiker, E. V., in Leipzig, die am kommenden Sonntag, den 14., im hiesigen Grassimuseum vom Reichskunstwart eröffnet werden wird, in der Oeffentlichkeit gezeigt werden.

Der diesjährige Deutsche Bibliothekartag findet am 24. und 25. Mai in Regensburg statt.

35. Kongreß für innere Medizin. Die Deutsche Gesellschaft für innere Medizin veranstaltet ihren diesjährigen Kongreß in Wien vom 9. bis 12. April. Als Hauptverhandlungsgegenstände sind bestimmt die Encephalitis lethargica (Referenten: Professor v. Economo (Wien) und Nonne (Hamburg); zweitens der arterielle Hochdruck (Referenten: Professor Durig (Wien) und Volhard (Halle).

Einstellung der Deutschen Strafrechtszeitung. Am 1. Januar ist die Deutsche Strafrechtszeitung eingegangen und mit der Deutschen Juristenzeitung verschmolzen worden.

Aus den Theaterbüros. (Neues Theater.) Die Oper nimmt für Sonntag, den 14. Januar, noch längerer Zeit Gounods Oper „Margarethe" wieder in den Spielplan auf. Neu besetzt ist der Faust mit Willi Brodt-Lorbes, der Valentin mit Armin Weltner und der Siebel mit Lia Grumbacher de Jong. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Alfred Szendrei und die szenische Paul Wehlmann. Die Aufführung findet bei außerhalbnormalem Anrecht statt. —